

Volkstimme

Einzelpreis 60.00 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfann, in G. & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechn.-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1791, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 1400.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 1350.00 Mark. — Anzeigenpreis: Die 10spaltige Kopparzeile 180.00 Mark, auswärts 220.00 Mark, im Restamertel 200.00 Mark, auswärts 250.00 Mark, Vereinstafel der Zeile 160.00 Mark. Anzeigenblatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postamt Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 40.

Magdeburg, Sonnabend den 17. Februar 1923.

34. Jahrgang.

Die rote Armee im Ruhrgebiet.

Genosse Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, der vor wenigen Tagen von seiner Reise durch das Ruhrgebiet zurückgekehrt ist, schreibt uns:

Das Ruhrgebiet im Ruhrgebiet läßt sich jetzt viel klarer überblicken als vor zwei Wochen. Die nationalstaatliche Welle ist abgedämmt, vom Geldentum der Zehnerherren ist wenig mehr die Rede, dafür ist jene „Einheitsfront“, die zugleich die „nationale“ wie die „proletarische“ ist, die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten deutlich in Erscheinung getreten. Sie ist es, die in sozialistischem Geiste den Kampf gegen den Militarismus führt. Vor allem die Bergarbeiter an der Ruhr sind ein besonderes Geschick, sie sind von Hause aus so antimilitaristisch, daß selbst in altpreussischer Zeit keine Garnisonen in das Revier gelegt werden konnten. Man kann sich da leicht vorstellen, mit welchen Gefühlen der Bergmann die französischen Soldaten betrachtet, deren Stahlhelme und Bajonette heute das Feld überlagern.

Zu der fast schon instinktmäßigen antimilitaristischen Einstellung hat sich neuerdings ein andres Element gestellt, nämlich das Bewußtsein, eine weltgeschichtliche Entscheidung in der Hand zu haben. Gegen eine bis an die Zähne bewaffnete Armee kämpfen Millionen von Männern, die mit nichts andern bewaffnet sind als mit dem eisernen Willen, einer militärischen Kommandogewalt sich nicht zu beugen. Man hat das Gefühl, daß sich hier die größte Revolution der Weltgeschichte anbahnt, wenn nicht vollendet: die Revolution der friedlichen Arbeit gegen den Krieg. Denn der Krieg hat seinen Sinn verloren, wenn die Eroberergewalt zwar Land gewinnen, aber die Menschen, die es bewohnen, nicht mehr unterwerfen kann. Das Ruhrproletariat kämpft jetzt darum, dem Krieg und dem Militarismus den Garaus zu machen.

In alten Zeiten endeten Kriege damit, daß der Sieger die Männer des besiegten Volkes tötete, was leben blieb, in die Sklaverei verkaufte und das Land mit seinen Soldaten besiedelte. Das war der Ausgangspunkt der Entwicklung, die in verschiedenen Stadien durch all die blutbesetzten Jahrzehnte geführt hat. Im Ruhrgebiet wird ihr Endpunkt erkennbar. Der Eroberer feuert sich selber zu immer größerer Brutalität an. Aber einmal ist er immerhin an gewisse Grenzen gebunden, die er nicht überschreiten kann, ohne die Stimmen der Welt, die sich jetzt schon laut gegen ihn erheben, zum Erfordern an sich zu lassen, zum andern aber sieht er sich, selbst wenn er entschlossen ist, sie nicht zu beachten, vor ein technisch unlösbares Problem gestellt.

Die kapitalistische Entwicklung hat im Ruhrgebiet ihr Werk vollbracht. Seine Landflächen mit ihrem agrarischen Ertrag sind verhältnismäßig wertlos. Die Werte liegen unter der Erde und werden durch eine sinnvoll geordnete und durchgeführte Wirtschaftsorganisation ans Licht gebracht. Das französische Heer, der komplizierteste Vernichtungsinstrument, steht dem kompliziertesten Produktionsapparat gegenüber, unfähig, ihn zu meistern. Statt auf Bauernhöfe, deren Bewohner der vordringenden Soldateska zitternd ihre Unterwerfung anbieten, wipft der Militarismus auf ein dichtgedrängtes, trostloses Industrieproletariat, das sich seiner Stärke bewußt ist.

Bürgerliche Blätter haben den Einmarsch ins Ruhrgebiet mit Napoleons Zug nach Rußland verglichen. Aber der erste ist das gerade Gegenteil des zweiten. Napoleon schickte an der Spitze des Raumes und am reaktionären Prinzip. Der Feldzug nach Rußland führte zum materiellen Untergang der Armee und zu neuen Kriegen. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet vollzieht sich in der Richtung zum moralischen Fiasko des Militarismus, zur Offenbarung seiner Impotenz, und daher zum Beginn eines neuen, unfriedlichen Zeitalters.

Daß dieses Ziel erreicht werden wird, wer wagte es vorzusagen? Aber wer es erkannt hat und dann daneben noch andre gleich wichtige Aufgaben sieht wie die, jetzt alle Kräfte zu seiner Erreichung anzuspannen, der ist kein echter Sozialist. Wie wenig klein erscheinen alle nationalstaatlichen Raubgierigkeiten, alle Quotenstreitigkeiten des Kapitalismus gegenüber dieser großen Entscheidung! Und welche Kraft müßte in die ganze deutsche und internationale Arbeiterbewegung einströmen von einem Sieg des Ruhrproletariats über den siegreichen französischen Imperialismus!

Haben wir die Klarheit, diesen Sieg aus ganzem Herzen zu erstreben? Haben wir den Mut, für ihn mit ganzer Kraft zu kämpfen? Das ist die bange Frage. Schlimm wäre es für uns, wenn wir die ganze Bedeutung des Augenblicks erst begriffen, wenn er vorbei ist.

Dies ist ein Kampf, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat, ein Wirtschaftskrieg von besonderer Art, dessen Strategie sich mit dem Kampfe selbst erst entwickelt. Und ist das strategische Problem, um das es sich hier handelt, unlösbar? Ich glaube es nicht. Die Ernährungsfrage ist hier alles. Im Weltkrieg haben 30 Millionen Menschen vier Jahre lang ernährt werden müssen. Hier handelt es sich darum, einen Teil des Volkes, der durch militärische Gewalt zum Feiern gezwungen wird, einige Monate lang mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Gelingt es — vielleicht mit ausländischer Hilfe —, für erträgliche Ernährungsverhältnisse zu sorgen, dann sind wir unüberwindlich. Wir können dann in jedem Augenblick mit dem Gegner verhandeln, um eine Abkürzung des Kampfes herbeizuführen, aber wir werden nicht genötigt sein, unsere Untertwerfung unter militärische Gewalt anzubieten.

Zum zweitenmal steht im Ruhrgebiet eine „rote Armee“. Aber während die erste mit untauglichen Gewaltmitteln um utopistische Ziele kämpfte, kämpft diese zweite rote Armee mit zweckdienlichen Mitteln der Gewaltlosigkeit um ein großes Ziel, das keineswegs über der Sozialisten, erkennt eure Aufgabe, tut eure Pflicht!

Einzelmeldungen.

Er kann sein Schmalz behalten.

In Witten a. d. Ruhr hat der französische Ortskommandant einer Abordnung von Bergarbeitern, die wegen Beschlagnahme von Schmalz bei ihm vorstellig geworden war, den Verkauf von Lebensmitteln zu billigen Preisen an. Obwohl die angebotenen Waren — das Rind Schmalz mit 1600 Mark, das Rind Schwein mit 3400 Mark — nur ungefähr die Hälfte der üblichen Preise aufwies, wurde das Abdeckungsangebot abgelehnt.

Rathaus und Theater in Essen besetzt.

Am Donnerstag nachmittag ist in Essen das Rathaus von den Franzosen besetzt worden, während alle Bureaux wegen des Streikstreiks gegen die Verhaftung des Bürgermeisters geschlossen waren. Offiziere durchsuchten die Zimmer der Bürgermeister und der Beigeordneten.

Vermutlich erfolgte die Besetzung infolge eines Gerüchts, wonach Reichswehrminister Luther auf seinen alten Posten als Oberbürgermeister zurückgekehrt sei.

Als „Sanktion“ wegen der Lichtbombe im Hotel Kaiserhof wurde das Stadttheater besetzt, das Lichtbombe durchgeschossen, so daß vorerst keine Vorstellungen stattfinden können. Mittags wurde die Reichsbank in Essen von einer Abteilung Soldaten besetzt. Eine kleine Menschenmenge sammelte sich auf dem Platz vor dem „Kaiserhof“ an. Durch eine in den Nebenküchen herbeigeschickte weitere Abteilung wurde daraufhin der Platz sofort geräumt. Obgleich die wenigen Passanten der Aufforderung zur Räumung sofort und ohne Widerstand nachkamen, wurden sie von den französischen Soldaten mit Bajonetten und Fußtritten mißhandelt.

Ein Kaufmann wurde von einem belgischen Offizier auf der Straße verhaftet, weil er ihm kein Feuer für seine Zigarette geben wollte. Er sollte gegen eine Ration von 300 000 Mark wieder freigelassen werden. Man hat sich aber schließlich mit einer Ration von 100 000 Mark begnügt und ihn entlassen mit der Bemerkung, daß er wegen „unfreundlichen Benehmens“ gegen die Besatzungstruppen vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde.

Die Schiffe sollen stillgelegt werden.

Die Besatzung in Duisburg verwehrt jetzt, durch Abschneiden der Kalkzufuhr die Schiffe des niederrheinischen Gebietes zur Stilllegung zu bringen. Es werden weder Röhre noch Schiffe mit Kalk über Kalksteinen durchgelassen. Die Werke, die noch für einige Zeit betriebsfähig waren, haben Mittel und Wege gefunden, um einen, wenn auch notwendigen, Bezug sicherzustellen.

Zwischenfälle in Köln.

Die englische Polizei in Köln verhinderte am Donnerstag einen Kohlenbeschiffung für ein französisches Schiff. Sie verhinderte aber nicht, daß später zwei französische Boote einen in Köln liegenden Kohlenkippler beschlagnahmten und Stromabwärts schleppten.

Zu einem Zwischenfall kam es auf dem Gemüsemarkt. Französische Soldaten verlangten von einem Großhändler die Waage eines Waggon's Weißkohl. Als dies verweigert wurde, sollten sie englische Polizei, die dem Händler die Waage befaß. Die Franzosen verließen das Gemüße in einem leeren Waggon, der ins Ruhrgebiet geschickt wurde.

Verhaftungen und Ausweisungen.

Dem Bürgermeister Dr. Eckert in Mors ging ein Ausweisungsbefehl zu. Er teilte durch ein Schreiben der Besatzungsbehörde mit, daß er der Ausweisung keine Folge geben werde und seine Geschäfte wieder aufgenommen habe. Darauf wurde er verhaftet und im Auto fortgeschafft. Ihm folgte bald der Erste Beigeordnete Dr. Kaschade, der sich ebenfalls geweigert hatte, den Befehlen der Besatzungsbehörde nachzukommen.

Französische Militärjustiz.

Der Kaufmann Rehsen in Bochum ist, weil er sich weigerte, Waren an Mitglieder der Besatzung abzugeben, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Blutopfer.

In Bochum wurde der Kemptener Wilhelm Lohm ohne Grund von einem französischen Militärpolizei überfallen und durch Kopfschläge und durch einen Bajonettschlag unterhalb des linken Auges schwer verletzt. Lohm, dem bei dem Überfall 27 000 Mark abhanden gekommen sind, liegt im Krankenhaus.

Geftgenommene Marodenre.

In Vottrup wurden marodierende belgische Soldaten durch eine belgische Offizierspatrouille gefangen.

Drei Milliarden „Ruhrhilfe“.

Am Donnerstag trat der Vertrauensauschuß des Deutschen Volksparties zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Reichstanzler teilte mit, daß der Geschäftsstelle bisher rund drei Milliarden Mark, außerdem mehrere hundert Millionen Mark in Devisen zugegangen seien. Die bei den Sammelstellen im Lande noch vorhandenen Beträge sind hierin nicht enthalten.

Die von dem Vertrauensauschuß für die Sammlung und die Verteilung angenommenen Richtlinien bestimmen, daß das Volksparties dienen soll, Notstände zu mildern und zu beheben, die aus Anlaß des Einbruchs in das Ruhrgebiet im deutschen Volk, und zwar zunächst im Einbruchgebiet selbst und im anberichtigten Gebiet, dann auch darüber hinaus entstehen und nicht durch Fürsorgemaßnahmen des Reiches, der Länder, Gemeinden und wirtschaftlichen Organisationen ausgeglichen werden.

Zur Durchführung des Hilfswerks wurde ein Arbeitsausschuß gebildet. Beschlossen wurde, sofort für das rheinisch-westfälische Gebiet noch des Reichs 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und entsprechende Summen für die übrigen besetzten Gebiete zur Verteilung zu bringen, sobald dort die erforderlichen Unterausgänge gebildet sind.

Protestkundgebungen in Kopenhagen.

Die dänische Sozialdemokratie hielt am Donnerstag eine Protestversammlung ab, in welcher Genosse Otto Weis als Redner mit stürmischem Beifall empfangen wurde. Der Vizepräsident der nordwestlichen Sozialdemokratie gab der Enttäuschung der nordwestlichen Arbeiter Ausdruck. Aus der Rede des Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie, Genossen Stauning, sind folgende Sätze besonders bemerkenswert:

Wir fühlen tiefstes Mitleid mit Deutschlands Arbeiterklasse und wünschen von Herzen, nicht deutschen Arbeiterkinder helfen zu können. Wir wünschen, daß kein Volk, auch nicht das deutsche, vernichtet wird. Wir fühlen, daß auch unsere Existenz auf dem Spiele steht. Es ist die Zukunft ganz Europas, die durch Frankreichs Wiederaufnahme des Krieges gegen den besiegten waffenlosen Feind bedroht wird. Die Ereignisse lehren uns, die kommunistische Zersplitterung tief zu beklagen, die die Arbeiterklasse gerade in den Ländern geschwächt hat, von denen jetzt die militärische Gefahr droht. Laßt uns das gute Beispiel geben, das uns berechtigt, unsere Brüder in diesen Ländern zuzurufen: Sammelt euch im Kampfe für den Frieden!

Eine in diesem Sinne gehaltene Entschickung wurde von der Versammlung angenommen.

Das Ringen um den Dollar.

Der Dollar wird am Mittag des Freitag mit rund 18 000 notiert. Eine weitere Senkung um mehr als 10% am letzten Tage.

Es hat aber schon Gegenströmungen gegeben. Die amerikanischen Marktspekulanten warfen am Mittwochabend Vorräte auf den Markt, so daß die Mark dort fiel. Das Signal wurde am Donnerstag von den deutschen Spekulanten gierig befolgt. Vorübergehend stieg der Dollar am Nachmittag des Donnerstag auf 23 000. Da griff wieder die Reichsbank ein und warf weitere Devisenbeträge heraus. Der Dollarkurs sank daraufhin erneut. Die Senkung hat am Freitag angehalten, wie die obige Notiz beweist.

In Börjenzirkeln kursiert das Gerücht, daß die Reichsbank beabsichtige, den Dollarkurs auf 15 000 zu drücken. Das ist natürlich ein leeres Gerücht. Die Absichten der Reichsbank sind den Spekulanten nicht mitgeteilt worden.

Diese ehrenwerten Mitbürger, die einen geringen Teil ihrer ertassenen Schätze zur Ruhrhilfe zeichnen, rechnen damit, daß der Reichsbank bald die „Puste ausgehen“ wird. Die Großen unter ihnen nehmen daher das ausgeworfene Devisenmaterial glatt auf. Sie nehmen an, daß in wenigen Wochen nach der Erschlaffung der Reichsbank der Dollar wieder mit seinen schrecklichen Steigerungen aufwarten wird und daß sie dann das Vielfache von dem „verdienen“ werden, was sie jetzt ins dreifache Geschäft stecken. Sie können sich aber leicht verrechnen.

Konform dieser Gegenbewegung beginnt sich der Aktienmarkt von dem „schwarzen Tage“ schnell zu erholen. Die Aktienbesitzer zeigen heute keine Neigung mehr, ihren Vorrat herzugeben. Die jetzt herauskommenden Effekten stammen lediglich aus schwachen Händen, denen die starken Krediteinsparungen der Banken ein Festhalten an ihrem Besitz unmöglich machen. Wochenlang haben die Banken die wilde Spekulation des Publikums hochgezückt; jetzt schnüren sie den schwächeren Kunden den Hals zu.

Und das alles, das Ringen um Dollar und Gebotnis, im Zeichen der „Einheitsfront“! Im Westen kämpfen Millionen Proletarier gegen den äußeren Feind; im übrigen Vaterland bereichern sich die Kapitalisten an ihrer Not und ihrem Widerstand gegen französische Bajonetts.

Das ist die gottgewollte kapitalistische Ordnung! Sie muß gefeiert und aufrechterhalten werden. —

Völlige Ausfuhrblockade.

Ueber die jüngsten Anordnungen der Rheinland-Kommission wird mitgeteilt, daß die Ausfuhr sämtlicher Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet unter Verbot gestellt wird. Für eine bestimmte Gruppe von Waren wird überhaupt keine Ausfuhr genehmigt. Die Ausfuhr aller übrigen Waren wird von der Erteilung einer Bewilligung abhängig gemacht, für die 10 Prozent des Ausfuhrwertes erhoben wird.

Durch diese einschneidende Maßnahme wird der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet nahezu völlig unterbunden und dem besetzten Gebiet am Rheine die schwerste wirtschaftliche Schädigung zugefügt, wenn man bedenkt, daß 80 Prozent des Warenabfahes in das unbesetzte Deutschland gehen.

Die Reichsregierung erkennt diese rechtswidrige Verordnung nicht an und erwartet von der Bevölkerung, daß sie auch auf diesem Gebiet geschlossenen Widerstand leistet und sich den Vorschriften dieser Ordnung nicht fügt.

Ueber die Verkehrslage im besetzten Gebiet teilt das Wolff-Bureau mit: Die Verkehrslage ist im großen und ganzen unverändert. Die Güterblockade wird deutlich scharfer. Alle Produkte aus Eisen, auch kleine Eisenstücke als Stüdgut verpackt, werden zurückgehalten. Die Franzosen erbrechen die Stüdgutwagen, öffnen die Kisten und so weiter. Auch sämtliche Waren aus Eisen, die für das Ausland bestimmt sind, werden zurückgehalten. So befinden sich in Lünen-Werd drei Wagen mit Maschinenteilen, die für Argentinien bestimmt sind. Die Franzosen haben auch alte und gebrauchte Druckereimaschinen nicht durchgelassen.

Aus Diez wird gemeldet, daß die Güterblockade vollständig durchgeführt ist. Auch Sand und Kalk werden nicht mehr durchgelassen. Der Güterverkehr liegt bis auf Lebensmittel dort völlig still. Man nimmt an, daß die Güterblockade allmählich auch auf den übrigen Stationen in radikaler Weise durchgeführt wird. —

Kampf den Nationalisten.

Sämtliche deutschen Bergarbeiterverbände wenden sich in einem Aufruf an die Bergarbeiter der ganzen Welt mit einer Schilderung der französischen Gewaltpolitik im Ruhrgebiet. In einem zweiten Aufruf wenden sich die Bergarbeiterverbände an die Bergarbeiter im Ruhrgebiet selber. Es heißt darin:

Die Ereignisse der letzten Tage wie die Mißhandlungen und Verhaftungen von Funktionären der Arbeiterorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, zeigen mit Deutlichkeit, daß die Verletzung versucht, die Arbeiterchaft zu provozieren. Die bürgerliche Presse, aber auch die Arbeiterzeitung, wird den Einwirkungen unterworfen. Sie versuchen durch einen allgemeinen Aufruf der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit diesen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bisher nicht möglich gewesen ist.

Kleines Feuilleton.

Laut wird gerechtfertigt.

Ueber den „Fall Vosselt“ haben wir kürzlich berichtet. Heute können wir die Stellungnahme des Magistrats zu dieser Angelegenheit mitteilen, enthalten in folgendem Schreiben:

Magdeburg, den 13. Februar 1923.
Der Bund der Direktoren preussischer Kunstgewerbeschulen hat unter dem 12. bzw. 13. Dezember 1922 gegen den Stadtrat von Magdeburg eine öffentliche Beschwerde erhoben. Diese wird laut Denkschrift über die Magdeburger Kunstgewerbe- und Handwerkerschule als „Fall Vosselt“ bezeichnet. Die Sachverhalte sind wie folgt zusammengefaßt:

1. Laut Bericht eine unzulässige Besondereverordnung in einem im weitesten Sinne ungesetzlichen Verfahren zu einem förmlichen Urteil.

2. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

3. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

4. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

5. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

6. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

7. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

8. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

9. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

10. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

11. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

12. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

13. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

14. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

15. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

16. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

17. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

18. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

19. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

20. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

21. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

22. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

23. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

24. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

25. Laut Denkschrift die Verletzung der Rechte der Kunstgewerbeschule durch die Besondereverordnung.

An die Bergarbeiter richten wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Widerstand gegen die Fremdherrschaft festiglich zu beenden. Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand der Ruhrbevölkerung. Die Komunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach dem Generalstreik rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés.

Kameraden, treten diesen Generalstreikpropagandisten entgegen. Wahrt Ruhe und Besonnenheit. Folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Warnung der Bergarbeiterorganisationen müßte eine Regierung, die führend im Kampf um das Ruhrgebiet sein will, in allen Straßen des Reiches plakafieren lassen. Sie müßte jeden als Landesverräter brandmarken, der zu gewaltsamen Angriffen auf die Franzosen auffordert. Es ist den Arbeiterorganisationen im Ruhrgebiet gelungen, die Nationalisten in den Hintergrund zu drängen. Um so mehr toben sich die „Gelden“ im unbesetzten Deutschland aus (weil hier dem Maulheldentum weniger Gefahr droht). Es ist die Pflicht der Arbeiterchaft — nachdem die Reichsregierung fast völlig verjagt —, den Kampf gegen den Nationalismus aufzunehmen und nicht zu ruhen, bis sie wie im Ruhrgebiet die Oberhand gewonnen hat. So dient sie am besten sich selbst, dem deutschen Volke, der Republik und der Arbeiterchaft der ganzen Welt. —

Bereiteter Mordanschlag.

Weil es sich nicht mehr länger verheimlichen ließ, muß die Münchner Polizeidirektion mitteilen, daß es ihr gelungen ist, einen Mordanschlag auf unsern Genossen Nuer zu vereiteln. Am 8. Februar gelang es, einen 17jährigen Oberrealschüler festzunehmen, der die Flucht ergriffen hatte, als er merkte, daß die Polizei von seinen Mordplänen erfahren hatte.

Der amtliche Bericht der Polizei gibt auf Grund näherer Erhebungen zu, daß der Festgenommene verschiedenen rechtsgerichteten Organisationen, unter anderem auch einem erst jüngst ins Leben gerufenen „Politischen Stammtisch“ angehört. Trotzdem meldet der amtliche Bericht, daß der Entschluß zur verbrecherischen Tat ohne Einwirkung anderer Personen gefaßt worden sei, gibt aber bereits im nächsten Satze zu, daß festgestellt werden konnte, daß mehrere Angehörige des „Politischen Stammtisches“ von dem Mordplan des 17jährigen gewußt, aber weder die Behörden, noch das Opfer verständigt haben. Im Gegenteil, der Vorsitzende dieses „Stammtisches“, ein 33jähriger Mann mit ziemlich bewegter Vergangenheit, hat dem Mordplan sogar angeboten, ihm nach der Tat — nach bewährtem Muster — zur Flucht behilflich zu sein.

Bis jetzt sind insgesamt neun Personen, die an dem zum Glück verhinderten Mordanschlag beteiligt waren oder von ihm gewußt hatten, festgenommen; vier davon wurden bereits dem Volksgericht München zur weiteren Untersuchung und Aburteilung übergeben.

Zu dem beschuldigten Mordanschlag gegen Nuer erfahren die „Münchener Neuesten Nachrichten“ noch folgendes: Der Oberrealschüler stand bei der Vernehmung den geplanten Mordanschlag zu. Er sei zuerst auf den Gedanken verfallen, Nuer zu vergiften. Als er die Unmöglichkeit der Ausführung dieses Planes ein sah, habe er sich entschlossen, Nuer zu erschlagen. Er wollte nach seinem Geständnis

Nuer unter einem Vorwand in seinem Bureau auffuchen und dort den Anschlag ausführen. Seine Festnahme erfolgte auf Anordnung der Münchner Polizei in Kempten, von wo er nach München eingeliefert wurde. Der „Politische Stammtisch“, dessen Mitglieder von dem Plan wußten, führte den Namen Treudeutsch. Der Vorsitzende ist ein Maschinentechniker. Es ist ein Mann, der sich jeweils einer gerade modernen politischen Richtung anschloß. —

Nationale Söhne.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Aussprache über den Haushalt des Reichsinnenministeriums fort. Die Parteiredner beschäftigten sich sämtlich ausgiebig mit der Rede des Genossen Sollmann vom Mittwoch. Zu ganz engem und gefälligem Geiste hat dies der deutschnationalen sächsischen Abgeordnete Dr. Barth, der auf ein hohes Niveau hinabstieg. Genosse Lipinski antwortete dem deutschnationalen Schwäger sofort und widerlegte unter großer Aufmerksamkeit des Hauses all die schiefen und falschen Behauptungen, die Barth über die Verhältnisse in Sachsen aufgestellt hatte. Selbst in der eignen Fiktion Dr. Barths zeigte sich wenig Neigung, für den Mann einzutreten.

Der Volksparteiler Marecki war insofern mit unserm Fraktionsredner nicht einverstanden, als dieser die Kämpfe an der Ruhr als ein Selbstbild der deutschen Demokratie bezeichnet hatte. Marecki meinte, daß die Massen in derselben Weise kämpfen und aushalten würden, auch wenn die Reichsregierung nicht demokratisch sei. Ein neuer Beweis dafür, wie wenig viele volksparteiliche Politiker die Seele der arbeitenden Massen kennen. Im übrigen hielt sich Dr. Marecki, der im Kapp-Putsch auf der Seite der Ruchisten gestanden hatte, auffällig zurück und verzichtete alle Angriffe auf die Sozialdemokratie.

Der bairische Volksparteiler Leidl untertrifft das, was Genosse Sollmann über das Gesicht des Reichspräsidenten in der Behandlung der Länder gesagt hatte. Man muß aber annehmen, daß er mit diesen Worten nicht für alle seine Parteifreunde gesprochen hat, man kann sich z. B. nicht vorstellen, daß ein Mann wie Leidl sich zu einer solchen Würdigung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten einverstanden würde. Daß die bairische Volkspartei für den modernen Staatsgebanten kein Verständnis hat, zeigte Leidl zur Genüge durch die Ausführungen, die unerbittlich der Kirche und den Geboten Gottes ein höheres Recht zumeisen als dem Senate. Von der nationalsozialistischen Bewegung rückt der Führer der bairischen Volkspartei deutlich ab.

Die Debatte schloß für diesen Tag mit einer Dauerrede des kommunistischen Abgeordneten Eichhorn, die nur von wenigen Abgeordneten angehört wurde. Vermutlich wird die Aussprache über den Haushaltsplan des Reichsinnenministeriums auch noch den Freitag ausfüllen. —

Notizen.

Uebersichten im mitteldeutschen Revier abgelehnt. Die Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenreviers beschloßen in einer Konferenz der Vertrauensleute und Vertrauensvorsitzenden des Runderwartungs- und Braunkohlenreviers nach erregter Debatte nur großer Mehrheit, das von der Arbeitsgemeinschaft für den Braunkohlenbergbau für Mitteldeutschland beschlossene Uebersichtenabkommen abzulehnen. Man müßte die Gründe für diesen Beschluß kennen, um zu entscheiden, ob sie schwerwiegender sind als die Gründe für die Notwendigkeit von Uebersichten. —

Memels neues Landesdirektorium. Am Donnerstag mittag wurde die Memeler Landesverwaltung von der Regierung einmonatig an das von der Sonderkommission der Reichsministerkonferenz in Aussicht genommene Landesdirektorium (Landespräsident Gaitus, Direktor Vortbert und Vorsitz als Litauer, Falk und Kammers als Deutsche) übergeben. Oberkommissar Litau wird, wie von litauischer Seite erklärt wird, sich nach der Entscheidung über das Memelgebiet mit den französischen Truppeneinheiten. Von litauischer Seite wird ferner berichtet, es sei eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Litauer den südlichen Stadteil besetzen und die Franzosen den nördlichen. —

Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Magdeburg und ihren Direktor Vosselt irgendwelche sachliche Berechtigung habe“; er wußte nach seinem eignen Geständnis (vom 28. Dezember 1922), daß Laut vom Magistrat mit der Abfassung der Denkschrift beauftragt war; es war ihm auch bekannt, daß der Magistrat hinter der Denkschrift steht; er wußte durch die „ergänzenden Berichte“ des Direktors Vosselt auch wissen, daß zwischen den städtischen Körperschaften und den staatlichen Behörden eingehende Verhandlungen schwebten — trotzdem schlägt er auf Laut los, ohne den Abschluß des Verfahrens abzuwarten. Seine Kundgebung läuft also letzten Endes nicht auf eine sachliche Klärung, sondern auf eine von gänzlichem Unkenntnis der Materie zeugende einseitige Parteinahme für den Direktor Vosselt und auf eine gehässige Gerabekung Lauts vor der Öffentlichkeit hinaus.

Diesem Versuch tritt der Magistrat in seiner Gesamtheit mit aller Entschiedenheit entgegen.

Wir stellen fest: Der Bund der Direktoren preussischer Kunstgewerbeschulen hat ohne Kenntnis des Sachverhalts Verdächtigungen und Beleidigungen gegen den Stadtrat Laut und den Magdeburger Magistrat vor der weitesten Öffentlichkeit erhoben. Er hat es nicht für nötig gehalten, sich vorher durch Klärung bei dem Magistrat zu informieren. Lediglich auf zwei Denkschriften und ergänzende Mitteilungen Vosselts gründete er seinen Angriff. Eine streng sachliche, eingehende Untersuchung hat ergeben, daß sämtliche Behauptungen des Bundes unrichtig sind.

Damit überlassen wir die Kundgebung der Direktoren preussischer Kunstgewerbeschulen dem gerechten Urteil der Öffentlichkeit. Der Magistrat der Stadt Magdeburg.

Wir brauchen diesem Schriftstück wohl nichts hinzuzufügen. Denn Bruno Laut, wie bekannt, die Lehrkräfte an der Universität Göttingen in Argentinien angenommen hat — wir würden seinen Weggang sicher weit aufrichtiger beklagen als die bürgerlichen Kreise trotz ihrer törichten Schwabstücken —, so kann er wenigstens mit einem blanken Schilde die Postfahne bekränzen. Seine Rechtfertigung wäre weit eher erfolgt, hätte nicht der Delegiert der preussischen Kunstgewerbeschulen, Geheimrat Ruffe in Berlin, durch seinen Mangel an Entgegenkommen gegen den Magistrat und seine eigentümlich schwankende Haltung das Verfehlen verzögert und erschwert. —

Verichtigung. In der „Meisteringer“ Kritik hatten wir geschrieben: „Der Kade fand während des Choralabendessen eine hohe Ehre wie der Reichstagspräsident.“ Wir hatten nämlich angenommen, daß an einem Sonntagabend mit erhöhten Preisen, der lange zuvor bereits als Feststellung angeündigt war, der Solocellist im Orchester mitwirken würde. Nun erfahren wir nachträglich, daß Kade an diesem Abend für ein Probingskonzert beurlaubt war und die unzulässige Aufführung der Solocellen eines Ersatzmann zur Last fällt. Damit wird zwar der Solocellist entpöndelt, aber nicht der Dirigent, der auf keinen Fall ein solches Mißgeschick übernehmen dürfte. Das ist unbergeliger Schandier! — Heftigen sollte in der Kritik des „Romantischen Abends“ Volkstümlich nicht ein „Rechtsober“ sondern ein „Bildhauer in Lünen“ heißen. —

Zur Erinnerung: Ein Verstoß einiger Lehrer wurde der Regierung nicht durch Laut, sondern durch vertrauliche Eingaben des Direktors Vosselt vom 13. Januar 1923, vom April und vom 16. Mai 1922 veranlaßt, denen das Kuratorium der Schule in der Sitzung vom 13. Juni 1922 grundsätzlich zustimmte.

Zu 3: Der Vorwurf ist haltlos.

Die Denkschrift sollte keine Vorlage, sondern nur ein vorbereitendes Gutachten von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung sein. Daher war ihre Vorberingung an die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung überflüssig. Laut hat aber durchaus im besten Glauben gehandelt, um so mehr, als der Hausbesitzauschuß der Stadtverordneten-Versammlung seit Jahren, zuletzt am 8. Juli 1921 und 16. Juni 1922 eine grundsätzliche Umgestaltung der Schule genehmigt hatte und die Vorbereitungen dazu im Fluße waren. Daß die Denkschrift sofort in die breite Öffentlichkeit gedruckt wurde, ist nicht Lauts Schuld.

Bei dem allgemeinen Charakter der Denkschrift konnte sich Laut auch für die Veröffentlichung, die Zeitnahme unvorhersehbar und unersparlicher Verantwortlichkeiten gegenüber der städtischen Körperschaft für die Kungestaltung der Schule zu erweisen. Seine Begleitbescheiden an diese Empfänger der Denkschrift verpflichteten ausdrücklich zur vertraulichen Behandlung der Angelegenheit.

Zu 4: Der Vorwurf beruht auf Unkenntnis der Tatsachen. Laut hat von der Beurteilung der Kunstgewerbeschule die Rollen kennengelernt, auf deren Füllen und Leitung der Direktor Vosselt vornehmlich den größten Teil lag. Der Schulbesuch war für Laut nicht die einzige Grundlage der Denkschrift. Das eingehende Material über die Schule gründete sich vielmehr auf eine ganze Fülle von Aufstellungen der Schule im Rahmen der städtischen Verwaltung (Klassen), die der Direktor Vosselt ausdrücklich als „Grund“ ihrer Urteilungen bezeichnete.

Zu 5: Der unrichtige behauptete Vorwurf, als habe Laut seine Meinungen über die Kunstgewerbeschule zu persönlicher Kundgebung mißbraucht, ist nach den vorstehenden Darlegungen in sich selbst gesunken.

Es ist selbstverständlich, daß bei Zustimmungsbeschlüssen über grundsätzliche Fragen die als Bericht herausgegebenen Urteile über eine und dieselbe Leistung verschieden ausfallen müssen. Eine solche Einigkeit ist nicht nur nicht möglich, wenn eine Meinung nicht auf Theorie beruht, sondern für die persönliche Meinung der Denkschrift steht wie für das Urteil in einzelnen Fällen die persönliche Meinung Lauts selbstverständlich die persönliche Meinung.

Zu 6: Laut beansprucht für sich ebensowenig oder ebensowenig ausschließliche Verantwortung wie die beiden Unterzeichner der Kundgebung Götter und Alfred Köhler, die auch Urtheile und nicht Gegenstände von Laut sind.

Daß der Bund der Direktoren preussischer Kunstgewerbeschulen, welcher und sein. Er würde sagen, daß Laut während seiner Amtszeit eine große Anzahl von Schulen in ihrem Zustand erhalten hat, welche heute einwandlos zum Beweise für die Fortschrittlichkeit der Kunstgewerbeschule in Magdeburg, die Fortschrittlichkeit der Deutschen in ihrer in der Welt — um nur zwei Beispiele zu nennen — waren von hervorragender Leistung großer Städte. Der Bund der preussischen Kunstgewerbeschulen gibt ausdrücklich zu, er habe sich auf der Seite der Kunstgewerbeschulen, nicht der Magistrat der Stadt Magdeburg, Laut auf die

Die Finanzsorgen der Stadt Magdeburg.

Die Stadtverordneten-Sitzung bietet diesmal einen besonders deutlichen Beweis für die ungeheuren Anforderungen, die an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung gestellt werden.

Nach der Einführung des Genossen Otto Richter als unbesoldeter Stadtrat wird eine ganze Reihe

Nachbewilligungen und Krediterhöhungen

vorgenommen. 77 000 Mark Mehrausgabe für die Beleuchtung der Südbrücke, Erhöhung der Abbruchkosten des Laboratoriums auf der Zitadelle um 150 000 Mark und die Verstärkung des Kredit zur Erledigung der Aufbaugearbeiten des Elbvorlandes am Neußäcker Hafen um weitere 1 900 000 Mark werden genehmigt.

Sechs Millionen Mark erfordert die Herstellung neuer Gasleitungen und die Aufstellung von Gasmessern. Vier Millionen Mark werden für Kabelnetzweiterungen gebraucht und 22 Millionen Mark kostet die Anschaffung eines Transformators. Der Einbau eines Generators für eine Turbine hat 1 350 000 Mark Mehrkosten verursacht und für die Verstärkung der Hochspannungsschaltanlagen des Elektrizitätswerkes werden nach 4 600 000 Mark benötigt. 3 300 000 Mark Mehrkosten sind noch erforderlich für die Ausrüstung der Schaltanlagen für den Straßenbahn-Motorgenerator. Für den Einbau neuer Motoren in die Verteilung des Gaswerks erhöhen sich die Kosten um 6 648 000 Mark und zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung des Elektrizitätswerkes werden weitere 40 Millionen Mark benötigt.

Die Lohnerhöhungen der städtischen Arbeiter für Februar machen 305 Millionen Mark aus. Für die Neuordnung der Gehälter des Theaterpersonals kommen 2 1/2 Millionen Mark in Frage. Alle diese Summen werden ebenso wie eine ganze Reihe kleiner Vorlagen debattiert und genehmigt.

Notstandsaktion für die Stadt.

Wegen der Verzögerung der Auszahlung rückständiger Leutzugszulagen an die städtischen Beamten und Angestellten gibt es noch einmal eine lange Debatte durch die Kritik, die Stadtr. Bohner (Dem.) an dem Verfahren des Magistrats in dieser Sache erhebt. Stadtrat Landsberg verweist sich gegen die unrichtigen Behauptungen Dr. Bohners in der „Magdeburgerischen Zeitung“. Es sei unrichtig, daß den Beamten Lasten aufgebürdet sind, die von der Allgemeinheit hätten getragen werden müssen.

Oberbürgermeister Weins: Ohne die fröhliche Mitarbeit der Beamten und Angestellten kann die Stadtverwaltung über die schwierige Zeit nicht hinwegkommen. Daher wird der Magistrat ihren berechtigten Ansprüchen ohne weiteres entgegenkommen. Es wird alles geschehen, was in unserer Macht steht, um den städtischen Beamten rechtzeitig auszusprechen, was ihnen zusteht. Der Finanzdezernent hat korrekt und nach den gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. Nicht durch unsere Schuld ist die Stadt überlastet und finanziell geschwächt, sondern durch den Gang der Ereignisse.

Eingehend schildert der Oberbürgermeister seine umfangreichen und andauernden Bemühungen um die Stabilisierung der städtischen Finanzen. Sie haben jetzt insoweit zum Erfolg geführt, daß staatlicherseits eine einmalige Notstandsaktion für Magdeburg geplant ist. Das ist hohe Zeit, denn die Stadtverwaltung kann der Preisentwicklung mit ihren Einnahmen nicht folgen. Es ist nicht möglich, den Etat in Ordnung zu halten bei dem sprunghaften Anstiegen der Ausgaben auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung. Durch solche wahrnehmbare Preisentwicklung können Gas-, Wasser- und Elektrizitätswert zum Erliegen kommen; das würde einen Stillstand des ganzen wirtschaftlichen Lebens bedeuten und muß unbedingt verhindert werden. Dazu ist es notwendig, daß dem Magistrat die Arbeiten nicht erschwert werden. Am 19. Februar werden die rückständigen Gehaltsbeträge an die städtischen Beamten gezahlt werden.

Nach Erklärungen der Stadtr. Bülow (Soz.), Doktor Zehle (Nichtsp.) und Müller (Dem.) faßt Stadtr. Vorn-Bier den Eindruck der Debatte dahin zusammen, daß die Stadtverwaltung ihr Bestes versucht hat, das Gehalt zum richtigen Termin zu zahlen und daß das auch geschehen muß, wenn es irgend angängig ist. Der Magistrat hat das versprochen und wir wünschen, daß es der Stadt gelingt, ihre Verpflichtungen restlos und schnell zu erfüllen.

Die Wohnungsbaubauabgabe.

Eine Magistratsvorlage verlangt die Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe auf insgesamt 3000 Prozent des Nutzungswertes. Stadtr. Bülow (Soz.) begründet als Berichterstatter eingehend die dringende Notwendigkeit dieser Abgabe. Es ist nicht leicht, die Armahme zu empfehlen, aber der Kleinwohnungsbeschluß ist nach eingehenden Beratungen der Ansicht, daß sich diese neue Belastung nicht vermeiden läßt. 100 Millionen Mark werden noch zur Fertigstellung der bereits in Angriff genommenen Bauten gebraucht. Eine Ublehnung der Vorlage würde zur Folge haben, daß die angefangenen Bauten sofort stillgelegt werden müssen. Das bedeutet Arbeitslosigkeit für Arbeiter und Handwerksmeister, Zahlungsstörungen, Gefährdung der Träger der gemeinnützigen Bautätigkeit und Vermehrung des Wohnungslebens.

Das Gesetz über die Wohnungsbaubauabgabe enthält schwere Mängel. Diese müssen möglichst weitgehend gemildert werden durch Ausgleiche der sozialen Güten in Form von Nachlässen bei kinderreichen Familien und Arbeitslosen. Es soll von der Wohnungsbaubauabgabe nur das erhoben werden, was die Gemeinde braucht; deshalb sind 750 Prozent für den Staat von der Bewilligung auszunehmen. Es sind also insgesamt 2250 Prozent zu erheben.

Es sprechen für die Vorlage die Stadtr. Leue (Nichtsp.), Müller (Dem.) und Becker 3 (Soz.); Bedenken äußern Stadtr. Giers und Geyer 1 (Dem.).

Stadtr. Becker 3 begründet folgende sozialdemokratischen Anträge zur Vorlage:

1. Der Magistrat möge prüfen, ob es möglich ist, von Unternehmen, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, Beiträge für den Bau von Kleinwohnungen zu erheben.
2. Es ist eine Wohnungsnothilfe in Anlehnung an das Wohnungsamt zu schaffen zur Unterstützung der Sozial- und Rentner, welche nicht in der Lage sind, die anteilmäßigen Betriebskosten ihrer gesetzlichen Miete aus eignen Mitteln zu bestreiten.

Diese Anträge werden einstimmig angenommen. Gegen eine Sitzung beschließt dann die Versammlung, vom 1. Januar an 2250 Prozent Wohnungsbaubauabgabe zu erheben zur Fertigstellung der begonnenen Wohnungen einschließlich 400 Prozent der bereits erhobenen Abgabe und einschließlich 50 Prozent für den Ausgleichsfonds zur Erhaltung des vorhandenen Wohnraums.

Von den Beiträgen der Wohnungsbaubauabgabe sollen die angefangenen Bauten mit der größten Beschleunigung fertiggestellt werden; über den Stand der Bauten ist den Stadtverordneten ständig Bericht zu erstatten. Neue Bauten sollen nur nach vorheriger Genehmigung durch die Stadtverordneten-Versammlung angefangen werden.

In den Verwaltungsausschuss des Wohlfahrtsamts werden sieben Stadtverordnete gewählt: von den Sozialdemokraten Baer, Henneberg, Frau Vader, Fr. Panitz; von den Demokraten Niemann und Gumbert; von den Rechtsparteien Krummacker.

Oberbürgermeister Weins wendet sich am Schluß der Sitzung gegen einen Artikel der „Magdeburgerischen Zeitung“, der unberechtigte Angriffe gegen das Wohlfahrtsamt wegen angeblicher Verschleppung der Unterbringung eines Minderjährigen enthält. Der Oberbürgermeister erklärt, daß dem Wohlfahrtsamt keinerlei Schuld beigemessen werden kann; die Minderlingsfürsorge hat das „Mote Kreuz“ in die Hand genommen. Es ist von der Stadtverwaltung das menschenmögliche für die Unterbringung von Ruhrflüchtlings getan worden.

Dollar Amtliche Notiz vom **18000 Mark**
Donnerstag 19451
Freitag mittags 19452

Depeschen.

Debatte im Unterhaus.

Ab. London, 16. Februar. Der Arbeiterführer Clynes erklärt im Unterhaus bei der Einbringung der Abänderungsanträge der Arbeiterpartei, er sei überzeugt, daß die auswärtige Politik zum großen Teile die Ursache der industriellen Vermirrung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sei, an dem das Land

leide. Die Hauptföhrung sei der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland. Feindschaft und Haß wurden hervorgerufen durch die Politik Frankreichs. Die Arbeiterpartei bewerte die unnatürliche Doktrin, daß Deutschland verbündet werden müsse, stark genug zu sein, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das wahre und hauptsächlichste Heilmittel sei die friedliche Abänderung der Friedensverträge. (Hörlich) Diese Revision könne nicht stattfinden ohne eine Revision. Diese würde scheitern, wenn nicht vorher ein Beschluß der auswärtigen Politik der Regierung und der erbärmliche Fehlschritt in vielen Teilen des Versailler Vertrags zum Ausdruck komme, allgemein von allen Regierungen anerkannt werde, die daran beteiligt wären.

Lord Cavendish Ventnor erklärte, der Streit zwischen Frankreich und Deutschland müsse aus dem Wege geräumt im Interesse der englischen Arbeiterklasse. Die Jagd nach politischen, die Lloyd George unternommen habe, als er nach Versailles ging, habe England nichts gebracht als Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Verlust. Die gesamten Fragen müßten vom Völkerverbund überwiesen werden.

Das Arbeitermitglied Lees Smith erklärte: Die Politiker seien gerechtfertigt worden, die gegen die phantastischen Forderungen des Jahres 1918 ankämpften. Die gesamte Politik und Haltung der britischen Regierung gegenüber Frankreich sei verwerflich. Sie bedeute u. a. ein zynisches Versehen einer Aktion, die ohne gleichmäßige Grundlage sei. Er könne nichts im Friedensvertrag sehen, was einer einzelnen Macht gestattet, ohne Zustimmung ihrer Alliierten jederzeit in Deutschland einzumarschieren, wo ihr dies gut scheine. Nötig sei daher eine umfassende Revision der Friedensverträge.

Das Arbeitermitglied Trevelyan erklärte, er glaube, es würde in der ganzen Welt einen großen Widerhall finden, ebenso in England, wenn Großbritanniens erklärte, daß die Zeit für eine Revision des Versailler Vertrags durch die Nationen der Welt gekommen sei. So groß könne der Widerhall sein, daß die Franzosen vielleicht beginnen würden, zu fühlen, daß sie nicht unbegrenzt die Anfuhr der Welt unbeachtet lassen könnten. Jeglicher Vorschlag für die Revision müsse begleitet sein durch ein Sicherheitsangebot für Frankreich. Der Friedensvertrag biete Frankreich falsche Arten von Sicherheiten.

Französischer Druck auf England.

Ab. Paris, 16. Februar. Nach Nachrichten, die aus London vorliegen und vom „Matin“ verbreitet werden, ist gestern Abend nach Schluß des Kabinettsrats in politischen Kreisen das Gerücht verbreitet worden, daß die Fragen, die augenblicklich zwischen dem französischen Minister Le Troquer und der englischen Regierung besprochen werden, sich an Umfang ausdehnen könnten und daß in kurzer Zeit eine Aussprache zwischen Poincaré und Bonar Law nötig sein werde. Im Auswärtigen Amte sei erklärt worden, man sei nicht in der Lage, dieses Gerücht zu bestätigen oder zu dementieren.

Ab. Paris, 16. Februar. Laut Meldung des Londoner Berichterstatters des „Matin“ geht das Verlangen der französischen Regierung weiter als bis jetzt angenommen wurde. Poincaré begnüge sich nicht damit, die Besetzung der Strecke Düsseldorf-Düren für die Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet in Anspruch zu nehmen, sondern beansprucht die meisten Eisenbahnlinien, die die britische Zone durchschneiden. Um seine Ansprüche zu begründen, hat sich Minister Le Troquer gestern bei der ersten Verhandlung mit englischen Kabinettsmitgliedern auf den Waffenstillstandsvertrag, auf den Friedensvertrag und auf das Rheinlandabkommen bezogen. Dadurch, daß Frankreich diese Erleichterungen verlangt, hat es betont, daß es nicht nur die Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet sichern könnte, sondern auch die Ernährung der französischen Truppen und die Bewegung der Züge mit französischem Militär. Deshalb hätten die Verhandlungen gestern nicht zu Ende geführt werden können.

Der „Matin“-Berichterstatter schreibt, die englische Regierung stehe vor der Alternative, das französische Verlangen glatt abzulehnen oder aber die gewünschte Erleichterung zu gewähren und die englische Zone zu räumen, um Zwischenfälle zu vermeiden, die sich ereignen und die englischen Truppen zwingen könnten, einzugreifen, wenn die französische Sicherheit bedroht wäre. Der Berichterstatter hofft, daß sich im Laufe des heutigen Tages eine vermittelnde Lösung finden lasse.

Siegfried Cohn

Weberei-Waren.

Breiteweg 58-60.

Preiswerte Damenwäsche

Untertailen fester Stoff, mit haltbarer Stiderei und Sobbaum, N. 2500 bis 3350

Damen-Hemden fester Stoff, mit Sobbaum und Stiderei oder nur Langsette und schmaler Achselbünd. N. 720

Beinkleider fröhlicher Stoff, mit haltbarer Stiderei oder Stoffvolant mit Langsette N. 4800

Nachthemden fester Stoff, mit Stiderei verziert, viereckig, Sakauschnitt, Schlupfornn: Vorderabschluß N. 11500

Nachtjachen weicher Baftent, gute Qualität, mit Langsetten . . . N. 8700

Untertailen Rückenst. gut Stoff, mod. Abschl. d. d. Stiderei, vasse gute Ausführg. N. 4800

Damen-Hemden aut Wätschstoff, Stiderei und Sobbaum oder Säumchen . . . N. 9800

Beinkleider guter Wätschstoff, mit schöner Stiderei, in bester Verarbeitung . . . N. 20

Nachthemden prima Wätschstoff, m. b. Stiderei, eifrag u. Säumabschl. Vorderabschl. oder Schlupf. N. 18800

Weibe Unterröcke fester Stoff, mit breit Stiderei, Volant gute Ausführg. N. 8500

Untertailen mit schmalem Achselbünd, od. Vollerdenneppige, entzückende Verarbeitung. N. 6500

Damen-Hemden vorzügl. Stoff, mit schmalem Achselbünd. od. breit Stiderei, Einreimung N. 13600

Beinkleider vorzüglicher Stoff, mit breit Stiderei, volant und Säumchen od. Einfaß verziert . . . N. 8500

Nachthemden feiner Stoff, mit feiner Stiderei, in schöner Ausführung . . . N. 23500

Weibe Unterröcke feiner Stoff, mit feiner Stiderei und Einfaß oder Sandbourch. N. 13000

PrinzeBrücke guter Stoff, mit schöner Stiderei N. 24500 16000

Hemdhosens vorzüglicher Stoff, mit feiner Stiderei, beste Verarbeitung . . . N. 17500

Hemdhosens feiner Stoff, mit reizender Stiderei, feine Ausführg. N. 22000

Garnituren Hemd u. Beinkleid, fester Stoff, mit breiter Stiderei verziert . . . N. 26000

Garnituren Hemd u. Beinkleid, feinstes Baft od. Opal, mit Sandbourch od. Spigen, modernster Schnitt . . . N. 46000 38000

Amtliche Bekanntmachungen

Stammverzeichnisse
Der Stammverzeichnisse in der Kolonie wird am Montag den 19. und Dienstag den 20. d. M. veröffentlicht.
Burg, 15. Febr. 1923. Die Stabskapitulation.
Mit Abschnitt 2 der Kreisrollen treten folgende Schöffen in Kraft: Ein Einzelrichter, Gerlach 1900 Gramm, 700 N. ein Kronenrichter, Gerlach 1900 Gramm, 82 N.
Schönebeck, St. Sahe, den 15. Februar 1923. Magistrat.

Einladung zur ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag den 19. Februar 1923.

Die Tagesordnung der ordentlichen Sitzung, 1. Bericht über die letzten Stabskapitulationen; 2. Beschlußfassung über Abgabe einer Erklärung betreffend Verabfolgung der Forderungen auf Grund des § 39 des Landessteuergesetzes; 3. Entwurf des Magistrats auf die Anfrage des Stadtr. Landberg über die Abgabe von res. Ortsanträgen; 4. Sachtrag zur Bundesverordneten-Erhöhung der Entschädigung des Zuer- und Engenfuriosen; 5. Erhöhung des Wasserpreises; 7. Antrag des Wasserkomitees Sammler auf Ermäßigung des Wasserpreises.
Schönebeck, den 15. Februar 1923. Der Stadtverordneten-Vorsitzer. Sellge.

Öffentliche Warnung.

Die bis zum 15. Februar fälligen Gemeindeforderungen einzahl. Schulden sowie die eine Rate Reichseinkommensteuer für 1923 (das ist ein Drittel des veranlagten Einkommens für 1921) sind bis Mittwoch den 21. Februar zu zahlen. Vom 21. Februar an werden die Reste kostenpflichtig eingezogen. Die für die öffentlichen Abgaben mit zu entrichtenden Gebühren betragen: für 1923: 12 N., von 500 bis 1000 N. = 16 N., für jede weiteren angefangenen 1000 N. = 10 N. mehr.
Schönebeck, 16. Februar 1923. Steuerkasse.

Geld

Die Ausgabe gegen Selbstbeschaffung (Geld in der Wohnung) 2001 N. Röbel, Schönebeck 10, 1 St. (Eingang Schönebeck) Sprechzeit von 9-7, Sonntags 10-12, 4746.

Gegen Blausucht

Stuhverstopfung, Hautausschläge, Gebrauch des Segrega-Pillen
HOF-APOTHEKE
Breiteweg 158.
am Ullrichsberge
wie Kupfer, Blei, Strontium, Sauerstoff bringen den kranken Körper wieder zu seiner natürlichen Gesundheit.
Röntgen, Zahlaus
Schönebeck, St. Sahe, den 15. Februar 1923. Magistrat.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. Februar 1923.

Schmalzlegen.

Der heilige Dollar, der augenblickliche Nationalgott aller Deutschen, die etwas zu verkaufen haben, ist ein wunderliches Wesen. Er macht Reiche und Arme, hebt einige aus der Tiefe, und stößt dafür Hunderttausende in Not und Elend.

„Sesam, tue dich auf,“ ruft der Dollar, und die Schmalzkeller öffnen sich. Die Keller, in denen das Schmalz mahlenverwahrt lag bis zu dem Tage, da der Dollar auf etwa hunderttausend steigen sollte.

Deshalb gibt es in diesen Tagen wieder Schmalz. Nicht weil das Volk danach hungert, nicht weil die Massen das Fett nötig haben zum Erhitzen der ausgekühlten Kräfte.

Preisschilder und Preisverzeichnisse.

Im „Reichs-Anzeiger“ vom 9. Februar 1923 ist endlich die schon wiederholt angekündigte preussische Verordnung über den Preisschilderzwang bekanntgemacht worden.

Die neue Preisschilderverordnung schafft endlich einheitliches Recht für ganz Preußen. Bisher konnten Verordnungen über Preisschilder oder Preisverzeichnisse erlassen werden von den Kreisprüfungsstellen für alle Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs und von den Gemeinden mit Zustimmung der Landeszentralbehörden mit Ausnahme für Lebens- und Futtermittel.

Es hat sich das wenig erfreuliche Schauspiel, daß in einzelnen Kommunalverbänden Preisschilderverordnungen von den Kreisprüfungsstellen, in andern von den Gemeinden erlassen sind, von denen die letzteren vielfach nicht rechtsgültig waren.

Bei diesem Durcheinander ist es klar, daß bisher die Gesetzgebungsbehörden nicht mit alzu großem Eifer für die Durchführung der bestehenden Verordnungen tätig gewesen sind.

Leben und Sterben in Magdeburg 1922.

Die Zeit der außerordentlichen Bevölkerungsberregung scheint vorüber zu sein. Sterbefälle und Geburten bewegen sich auf der Höhe des Vorkriegsstandes, auch die Zahl der Eheschließungen weist auf den alten Stand auf.

mangel hemmende Faktoren. Die Frage des seit der Jahrhundertwende einsetzenden Geburtenrückgangs gewinnt wieder an Aktualität, da sich die rückläufige Bewegung der Geburtenziffer nach den Schwankungen der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre weiter fortzusetzen scheint.

Starke Organisationsarbeiten

Schaffen sich die Gegner der Republik. — Pflicht der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es, das gleiche zu tun. Schließt auch der Vereinigte sozialdemokratische Partei an! Unterstützt die Partei finanziell!

Werdet und werbt Mitglieder!

schlag nach oben, da die wenig heize, mehr leichtfüßige Bitterung die Sommerherlichkeit der Säuglinge geringer in Erscheinung treten ließ (Sterbefälle unter 1 Jahr in 1922 nur 122 gegen 271 in 1921 und 294 in 1920).

Eine betrübliche Zunahme haben die Sterbefälle an Tuberkulose anzunehmen: Gegen 378 in 1921 wurden 446 im vergangenen Jahre verzeichnet, 1920 waren es 407.

Der Geburtenrückgang, der im Jahre 1910 noch 2250 Kinder betrug, hat mit 908 in 1922 einen erheblichen Rückgang gegen 1921 mit 2376, 1920 mit 2457 Kindern zu verzeichnen.

— In Kartoffelmieten wächst Geld. Nach der Ernte, der außerordentlich reichen Ernte, hat ein Zentner Kartoffeln etwa 400 bis 450 Mark gekostet.

Die Preise für ein Zimmer mit Wasser, Licht und Heizung im Laufe des Winters immer an, das ist natürlich. Es entstehen Verluste durch Schwund und Abrieb.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Sudenburg. Montag den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung im „Goldenen Köpfer“. — Bezirk Dönaner Straße. Am Montag den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grauemann's Garten“.

— Wo die Fische bleiben. Fleisch wird immer teurer und teurer auf dem Tische der arbeitenden Bevölkerung. Das ist wirklich kein Geheimnis, und die Sorgen und Bekümmernisse der Hausfrau sind ernsthaft, angestrengt und bedrückend schwer.

— Das Museum für Natur- und Heimatkunde ist vom 15. Februar bis 14. Oktober an Wochentagen, Sonntagen und Festtagen von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr geöffnet, geschloffen am Karfreitag und Bußtag.

— Konsumverein. Bei Postämtern in Westerküchen lagte eine Veranlassung der Mitglieder des Konsumvereins aus dem Stadtteil Südost. Genosse Hb. Winger hatte die Frage: „Warum muß wir den Geschäftsanteil auf 10 000 Mark erhöhen?“ beantwortet.

— Was kostet ein Brief? Die Kosten, die ein gewöhnlicher Geschäftsbrief unter den heutigen Umständen verursacht, nach genauen Ermittlungen in Leipzig für den 17. Januar im „Völkchenblatt für den deutschen Buchhandel“ angegeben.

— Eine gesinnungswidrige Geschäftsentscheidung. Durch den Einbruch der Revolution herbeigeführten bedauerlichen Zusammenbruch des deutschen Vaterlandes aus meiner leidenden Stellung bei der Marine gebracht, ohne Parteibuch und sozialistische Funktion kein Unterkommen findend, habe ich hier das Geschäft Grünstraße 13 übernommen und bitte um geneigte Unterstützung meines Unternehmens.

— Das Pflügerunglück auf dem Graauer Anger. In untrübe getragenen Notiz über das Unlück war der Name des abgestürzten Pflügers falsch angegeben. Wir bekamen die Mitteilung telephonisch übermittelt, dabei wird ein Hörfehler vorgekommen sein.

— Heberfährten. Auf dem Gelände des Elbbahnhofs wurde der Brückenbauarbeiter der Südbahn, Karl St., wohnhaft Rogelbergstraße 2, beim Rangieren angefahren.

— Vermittelt wurden: Amoureuse Polsgang Bernhardt genannt Struß, 15 Jahre alt, hier Franziskanerstraße 26 wohnhaft gewesen; er ist mittelgroß, dunkle Haare und trägt braunen Anzug.

— Beim Blündern einer Wohnung am Breiten Wege fielen den Dieben folgende Sachen in die Hände: ein schwarzer sowie zwei pfeffer- und salzgemischter Jagdtasche, ein Cutawayanzug, ein blaues und ein helles Jackett, ein blauer Sportpaleto, eine goldene Damen- Uhr mit Blumenverzierung, ein goldenes Armband mit Blättchengliedern, ein Porzellan mit Perlmutterbelag.

— Schafste Spieler. Eine Dauerfesslung von gewerbetätigen Glückspielern in einer Wohnung in der Dreienbergstraße wurde am 15. d. M. vormittags 10 1/2 Uhr von Polizeibeamten aufgehoben.

— Sozialisches Arbeiter-Jugendbünd Groß-Magdeburg. Baden im Wilhelmshafen Sonntagabend von 7 bis 8 Uhr, Preis 20.00 (zum letztenmal). Leitung: Kramer und Dül. — Werbespiel Nord: Sonntag, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Agnetentempel zum Jungbrunnen. Für alle Musikanten Kapelle und Wilhelmshafen führt große Probe um 9 Uhr in der Schule Straßburger Straße.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Städtisches Theater. Stadt-Theater. Sonntagabend (8. Abend): König Richard 3. — Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr: Lit.-musik Morgenstunde; abends (außer Antech): Cavalleria rusticana und Sogasso.

Bereins-Kalender. Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 160.00 Mark, aufgenommen. Zentralverb. der Reichsinnen u. Seiner. Verw. Magdeburg. Sonntag den 18. Febr., vorm 10 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bürgerhaus“, Stephanstraße.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme. Der Verlag kann durch Benutzung von Leserkarten der Volksbibliothek erleichtert werden. Schlußheft des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, S. 1400. (Der Verkaufspreis ist gleich Grundpreis X 1400).

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Groß-Salze. U. G. D. Sonnabend den 17. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung in der Stadt Hamburg.

Kreis Wanzleben.

Groß-Öttersleben. Die Miete für das nächste Quartal ist erst am 15. Mai fällig, nicht am 15. April, wie es irrtümlich im Bericht über die Generalversammlung des Mietervereins lautete.

Kreis Wolmirstedt.

Barleben. Die angekündigte Volksversammlung findet am Sonntag nicht statt.

Obenstedt. Wohlthätigkeitsabend. Auch in unserem Orte sind Sammlungen veranstaltet worden, um das Los der schwer ringenden Sozialrentner, Witwen und Waisen etwas zu mildern. Am Sonnabend den 17. Februar findet nun im Blumenbergischen Lokal (Landhaus) ein Theaterabend statt, dessen Reinertrag ebenfalls zur Linderung des unerträglichen Loses unserer Witwen, Waisen und Sozialrentner verwendet werden soll. Alle Einwohner sollten diesen Unterstützungsabend besuchen.

Kreis Jerichow 1.

Burg. Straßenraub. Der Gemüsehändlerin Beria Knöfner wurde in der Schulstraße eine Handtasche von einem Mann entzogen. Der Täter lief davon, schlang sich dann auf ein Fahrrad, welches er an der Schulstraße von Stolle u. Co. stehen hatte, und fuhr in der Richtung nach dem Fischpark davon. Die Tasche enthält ein Scheckbuch Nr. 1563 und einen Geldbeutel mit 100 000 Mark. Die Ermittlungen nach dem Räuber sind eingeleitet worden.

Gommern. In der Sportkartell-Sitzung wurde der alte Vorstand wie folgt wiedergewählt: 1. Vorsitzender Otto Henkel, 2. Vorz. Hermann Ebel, 1. Schriftführer Otto Walker, 2. Schriftführer Paul Gärtner, 1. Kassierer Franz Schmidt. Die Handhabung der Vermögenssteuer wurde einer gründlichen Aussprache unterzogen. Allgemein kam zum Ausdruck, daß der kommende Reichs-Arbeiterkongress frühzeitig und gut vorbereitet werden soll. Nicht verstehen können es die Vereine, daß die Spielplatzfrage von der Stadt immer noch nicht erledigt worden ist. Kleinere Dispositionen als Gommern haben für die Sportvereine einen Spielplatz geschaffen. Das muß auch in Gommern möglich sein. Zur nächsten Sportkartell-Sitzung soll der Sportkollege Danmorath vom Landesparitätell eingeladen werden. Die Kartellbeiträge der Vereine wurden neu geregelt. Vergleichen das Lang- und Einrittsgeld bei Vergütungen der Verhältnisse angepaßt. Nicht Vereine sind dem Sportkartell angeschlossen. Kein Arbeiter darf noch einem bürgerlichen Sportverein angehören. Jeder Arbeiterverband gehört in die Arbeiter-Sportvereine. Es kann nicht angehen, daß Arbeiter in Vereinen stehen, wo ein Zubehör ist, das Protestanten haben.

Gommern. Die Diebstähle nehmen überhand. So hat man erst vor kurzem einen Landarbeiter in Karitz nachts die Güter und in Gommern einen Arbeiter sämtliche Kammern aus dem Stalle gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Auch bei der Witwe Peterseder, Sagenstraße 4, ist am Donnerstag morgens zwischen 9 und 11 Uhr in ihrer Abwesenheit in der verhöhlerten Wohnung ein Einbruch verübt worden. Der Dieb, welche sich mühsam von Dachziegeln emporarbeiten mußte, sind persönliche Sachen und ihrem Ehemann zwei neue Anzüge, ein Hüter, ein paar neue Schuhe, 3 Meter Singstoff im Werte von insgesamt 500 000 Mark gestohlen worden. Der Dieb hatte die Freiheit, sich in der Wohnung umzugehen und sein altes Zeug auf dem Sofa liegen zu lassen. Es kam nur jemand gemeldet, der mit den Umständen genau Bescheid weiß. Der Eindringling hat vor seinem Fortzuge noch der Witwe die letzten Pfennige entnommen. Der jugendliche Arbeiter Walker H. hat am Montag die neu angebrachten zündenden Nachschlüssel von der Leinwand des Friedhofs gestohlen und bei einem Warenhändler für 800 Mark verkauft. Dadurch ist der Stadt ein Schaden von 127 000 Mark entstanden. Von dem Geld hat der Dieb 2000 Mark für Zigarren und Zigaretten bezahlt und ist in Begleitung eines Mädchens ins Land gegangen. Da er behauptet, das Material „gesund“ zu haben, mußte seine Festnahme erfolgen. Diebstahl und Hehlerei sind angezeigt worden.

Kreis Jerichow 2.

Gratzen. Verheerend des Arbeiter-Sportkartells. In einem tollen Geleite wurde dieser am 10. Februar nachgehende Verheerung. Schon der Nachmittags fand im Parken des Feldes und prächtig wirkte am Abend der Anfang der Sportler und Sänger durch den gemeinsamen Marsch zum Schützenhaus, dessen Saal kaum alle Besucher fassen konnte. Inner dem Saal wurde das neu gebildete Arbeiter-Sportkartell am 10. Februar eine wichtige Demonstration für den Arbeiter-Sport gegeben, sondern auch gleichzeitig für den Sozialismus. Es war der Beginn des Kartells endlich einmal begonnen, dem Bürger-Sport zu zeigen, welche Kraft in dem fähigen geglaubten Arbeiter-Sport in den letzten Monaten entwickelt hat. Dieser ist, denn auch hier der Arbeiter-Sport eine führende Rolle einnehmen! Eingeleitet wurde der Abend durch den Gesangsbeitrag „Reinheits, anwohne“ des Gesangsvereins „Gemeinschaft“, dessen der erste Repräsentant des Kartells, Herr Hoffmann, einen kurzen Rückblick über die Entwicklung des Arbeiter-Sports seit der Revolution gab. Nachdem die Vereine gezeigt hatten, daß sie in Jerichow und

Geräteturnen Großes zu leisten vermögen, künderte Geschäftsführer Danmorath vom Landeskartell die Aufgaben der Sportkartelle. Er schloß mit den Worten: „Dem Volke gilt es, wenn wir zu spielen scheinen.“ Der zweite Teil des Programms schloß sich dem ersten würdig an. Nach einigen Schlussworten des Kartellvorsitzenden und dem Gesangsbeitrag „Hymne an die Nacht“ fand der äußerst abwechslungsreiche Abend sein Ende, der gewiß allen Besuchern lange im Gedächtnis bleiben wird und seinen Zweck, neue Mitglieder den bestehenden Vereinen zuzuführen, nicht verfehlen möge. — Mit dem Verheerend verbunden war eine Vollversammlung am Sonntag nachmittags. Die auswärtigen Vereine waren geladen, jedoch waren viele nicht erschienen. Die Sitzung behandelte den Kartell (Reichs-Arbeiter-Sporttag) und einige interne Angelegenheiten. Bedauert wurde, daß nicht alle geladenen Vereine vertreten waren. Des weitern lief Montag bis Mittwoch der Film vom Bundesfest in Leipzig im Uniontheater. So ist aus dem Verheerend eine Werbewoge entstanden, die dem bürgerlichen Sport reichlich zu denken geben wird.

Bereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Staßfurt.

Sonntag den 18. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, in Klingische Konzerthaus öffentliche Versammlung. Redner: Dr. Adolf Frank (Mitglied des Parteivorstandes) spricht über Deutschland, Frankreich und die Arbeiterklasse. Männer und Frauen der schaffenden Klasse, erhebt in Reihen! Dr. Voßler.

Kreis Kalbe.

Fr.-Börnecke. Die Belegschaft der Grube Jakob in Stärke von 400 Mann ist am Montag in einen Abwehrkampf eingetreten. Die Verwaltung sympathisiert mit einem Arbeiter, welcher die Belegschaft dauernd gegen die Gewerkschaften aufzutreiben versucht, um eine Zerstückung der Gewerkschaften herbeizuführen. Dieser Quertreiber genießt natürlich weitestgehenden Schutz seitens der Verwaltung. Trotz der vielfachen Vorstellungen des Betriebsrats trat kein Wandel ein. Die Belegschaft ließ kein Mittel unversucht, auf gutlichem Weg eine Änderung herbeizuführen. Selbst eine gütliche Einigung mit dem betriebsfremden Arbeiter, die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft anzuerkennen und seine Manöver zu unterlassen, schlugen fehl. Nunmehr rief die Belegschaft die Gewerkschaft zu Hilfe und sie wird ihr Recht durch einen Abwehrkampf zu erreichen suchen. Dieses Bild zeigt, daß der Verwaltung mehr an einem Gewerkschaftskämpfer gelegen ist, als an 400 geschulten Arbeitern. Hoffentlich werden die zuständigen Instanzen der Verwaltung klarmachen, daß es nicht angehen kann, daß gerade jenseit ein Produktionszweig, wie der Bergbau, durch das Verhalten der Direktion stillgelegt wird.

Stadtkreis Magdeburg.

Widerleben. Ueber die Lagen des Friedensvertrags sprach im Volkshilfsverein Professor Fleißmann (Galle). Er beleuchtete die Frage im Sinne der bürgerlichen Auffassung, doch muß zugegeben werden, daß er sehr sachlich blieb. — Für die Sozialrentner werden entsprechend den neuen gesetzlichen Bestimmungen die Vollstandsunterstützungen erhöht. Das Existenzminimum eines Invalidenrentenempfängers soll nunmehr 120 000 Mark auf das Jahr betragen. Für die Rentnempänger, die bisher schon die Unterstützung bezogen, wird diese vom Wohlstandstand von selbst erhöht werden. Diejenigen aber, bei denen sich die Verhältnisse geändert haben, namentlich, wenn sie höhere Bezüge anderer Art erzielen, müssen das sofort melden. — Viel Erregung besteht gegen die Firma Rohde, die auch neuerdings nach der Aufhebung des Einheitspreises für Getreide, abgesehen von andererseits zur Aufrechterhaltung des Preises. Die Firma erklärt öffentlich, daß es sich nur um „Sachverhalte“ handelt und der Samenzüchterverein folgt hinzu, daß der Vorgang nichts Außergewöhnliches, sondern „handelsüblich“ sei. Das ist eben gerade der springende Punkt. Denn die Samenzüchter, namentlich der Samenhandel mit dem Ausland, viel Geld einbringt, werden hier weite Strecken zur Samenherzeugung verwendet und gehen dem Nahrungsmittelanbau verloren.

Volkssport.

Fußball am Sonntag.

Table with 5 columns: Veranstalter, Gegner, Spielort, Spielzeit, Zeit. Lists football matches for Sunday.

Um die Arbeiter-Fußballvereine

Die Vorkämpfer der Magdeburger Vereine ist zentralisiert. Sämtliche Spiele sind bis Mittwoch abends an die Reichs-Fußballvereine der Arbeiter-Fußballvereine übertragen. Magdeburger, Kahlischberg 9, zu geben. Zu hat einseitige über den einzelnen Vereinen der „König“ selbst überhand genommen werden in Zukunft nicht mehr angenommen. Es kommen hierbei in Frage die Magdeburger Vereine, die Vereine von Kienitz und Bismarck. Die Vorkämpfer für die Arbeiter-Fußballvereine wird vorkünftig noch in der bisherigen Weise gehandhabt.

Mitteilungen der Sportvereine.

Reichs-Fußball gegen Sportfreunde Halle I. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr haben sich auf dem Reichs-Fußballplatz (Bismarck) oben genannte Mannschaften gegenüber. Halle ist die stärkere Mannschaft im ersten Teil der Partie. Der Sieger tritt in beiderseitiger Zustimmung an, trotzdem wird alles daran gesetzt, um einigermassen gut abzuwickeln. Das Spiel kann von Sportlern nur empfohlen werden. Vorher Spiel der zweiten Mannschaft.

Turnspiele. Die im Rundschreiben angekündigte Sitzung aller Mitglieder und Schiedsrichter findet am Sonntag den 18. Februar, Punkt 9 Uhr, im Frank-Jugendheim Nummer 2, statt.

Ballspielklub Sachsen 07 Leipzig gegen Sturm 07 Magdeburg. Es ist der Sportvereinsvereinigung Sturm 07 Leipzig, für Sonntag einen Spielverein nach hier zu veröffnen. Ballspielklub Sachsen 07 erfreut sich einer großen Beliebtheit und vertritt über eine sehr starke Mannschaft. Sturm 07 in verlässlicher Aufstellung an, und muß alles daran setzen, um ebenbürtig zu spielen zu wollen. Jedem Sportler ist der Besuch zu empfehlen. Sonntag 3 Uhr.

Sportvereinsvereinigung I Trausnitz gegen Ballspielklub I. Am Sonntag treffen sich obige Mannschaften im Freizeitsportplatz auf dem Ebnitz-Wald bei Trausnitz. Da sich beide Mannschaften in guter Form befinden, wird dem Sportinteressenten ein guter Kampf erwartet werden. Sonntag 3 Uhr. Vorher Spiele der unteren Mannschaften gegen Turner Burg II und III.

Reichs-Fußball gegen Germania Buz. Am Sonntag treffen sich obige Mannschaften im Freizeitsportplatz auf dem Ebnitz-Wald bei Trausnitz. Da sich beide Mannschaften in guter Form befinden, wird dem Sportinteressenten ein guter Kampf erwartet werden. Sonntag 3 Uhr. Vorher Spiele der unteren Mannschaften gegen Turner Burg II und III.

Arbeiter-Schachklub. Sonntag vormittags 10 Uhr Strukturkampf der Hamburger Arbeiter-Schachklub im Saale der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 26/27. Gäste willkommen.

Sportnotizen.

Arbeiter-Schach-Simultankampf. Nachdem das Simultankampf des Berliner Schachgenossen Stankiewicz in Magdeburg unter den Arbeiter-Schachgenossen einen großen Erfolg hat, veranstaltet der Arbeiter-Schachklub Magdeburg am kommenden Sonntag im Saale des Herrn Rüdiger ein weiteres Simultankampf. Der hiesige Schachmeister Hartmann wird gegen 10 Spieler der Magdeburger, Groß-Öttersleben und Schiedsrichter Schachklub spielen. Außerdem ist Gästen Gelegenheit gegeben, sich am Gesellschaftsspiel zu beteiligen. Am Reichs-Arbeiter-Sporttag wird sich der Verein voraussichtlich mit einem lebenden Schachpartie beteiligen.

Die ersten Gesellschaften bei Berlin. Der Berliner Schachklubverein ist am Sonntag in den Bitterberg bei Radeburg die ersten Schritte mit einem motorisierten Segel-Übersee ausgeführt. Dem Flugzeugführer Dr. Hübner gelang beim Start mehrere gute Flüge, die die Beachtung der Öffentlichkeit und die guten Eigenschaften der Maschine bewiesen. Die ersten Flüge sollen Führer und Maschine für den Rhein-Geßelung-Wettbewerb im August vorbereiten.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Amtliche Notierungen vom 15. Februar.)

Table with 4 columns: Produkte, 50 Kilogramm, Produkte, 50 Kilogramm. Lists market prices for various goods.

50 Kilogramm brutto Sach. 1) 10 einloch. Station. Die nichtamtlichen Kauf- u. Futter-Notierungen pro 50 Kilogramm ab Station im Großhandel lauten: Weizen und Roggenstroh, dreifachgerichtet 23500-24000 M., Saferstroh da. 23500-24000 M., Roggen- und Weizenstroh rindabengepreßt. — M. Langstroh 22500-23000 M., Krummstroh, 100 u. gebunden. — M. Säfel. — M. Strohheu, handelsübliches Ware 25000-26000 M., gutes Heu 28000-27000 M.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Ort, Fuß Wasser, Mühle, Fuß Wasser. Lists water levels at various locations.

Wettervorherige.

Sonnabend den 17. Februar: Neigt trübes Wetter mit Niederdrücken, Hebergang zu Tauwetter.

So hat ein jeder seinen Kummer...

Am D. Hissman. Denkt von Berner Peter Larjen. (A Fortsetzung.) ... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer...

„Dürrenhoff...“ grunzte er zähnefleischend. Jetzt... Seine Schürzhacke strömte sich gleich dem eines Kaisers, seine Linien... Das „reizende“ Wort, das hier in ihm schlummerte und... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer...

Die berängstigte Schafe drängten sich die Wittsteller... Konjul Zypfes war längst über alle Berge, ja selbst die... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer... So hat ein jeder seinen Kummer...